

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Erhebung ungerechter Straßenausbaubeiträge stoppen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Problematik der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wurde vom Plenum am 05.04.2017 und 12.07.2017 sowie im Rahmen einer Expertenanhörung im Innen- und Europaausschuss vertieft diskutiert; Änderungen an der Erhebungspraxis wurden bis heute jedoch nicht beschlossen.
2. In den letzten Wochen haben sich mehrere kommunale Vertretungen mit Beschlüssen und eine gegründete Volksinitiative für eine Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Gemeinden bei Entscheidungen zur Notwendigkeit und zur Qualität eines etwaigen Ausbaus oder einer grundhaften Sanierung von Gemeindestraßen innerhalb bebauter Gebiete zu unterstützen. Dazu sind
 - der Entwurf eines Leitfadens für Gestaltung und Bau von Gemeindestraßen innerhalb bebauter Gebiete zu erarbeiten. Die Arbeitshilfe soll geltende technische Regelwerke für den Straßenbau einschließlich der darin enthaltenen Hinweise und Regeln für kostensenkende Maßnahmen berücksichtigen.
 - Verfahrenshinweise für eine frühzeitige Information und Mitwirkung der Öffentlichkeit bei Entscheidungs- und Planungsprozessen für kommunale Straßenbaumaßnahmen zu entwickeln, bei denen eine Kostenbeteiligung der Anlieger zu erwarten sein könnte.

2. in Auswertung der Erfahrungen anderer Bundesländer rechtliche und finanzielle Auswirkungen eines landesweiten Verzichtes auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu prüfen.
3. Leitfadentwurf, Verfahrenshinweise sowie Prüfergebnisse dem Landtag bis zum 31. Juli 2018 vorzulegen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

In jüngster Zeit haben Beschwerden über zu entrichtende Straßenausbaubeiträge eine neue Dimension bis hin zu Volksinitiativen erreicht. Dies begründet sich unter anderem in einer offenbar unzureichenden Beteiligung der Betroffenen an Entscheidungen zum Bedarf, zum Umfang und zur Qualität von Ausbaumaßnahmen oder bei grundhafter Sanierung von Gemeindestraßen, die eine Beitragserhebung begründen. Angesichts des bestehenden Investitionsstaus bei gemeindlichen Straßen und Wegen sowie weiter steigenden Folgekosten im Unterhaltungsaufwand, etwa bei der Verbreiterung von Fahrbahnen oder zusätzlichen Geh- und Radwegen, sollte den Gemeinden eine Entscheidungshilfe in Form eines Leitfadens an die Hand gegeben werden. Dabei kann der Leitfaden im Bundesland Brandenburg Vorbild sein.

Bei der Erneuerung von Wohnstraßen und -wegen werden häufig die technischen Regelwerke formal angewendet, ohne vorhandene Ermessensspielräume auszuschöpfen. In der Folge führt dies zu überhöhten Bau- oder Instandhaltungskosten. Der Entwurf soll auch als Grundlage für eine Debatte zu notwendigen Standards dienen.

Einige Bundesländer verzichten völlig auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Die hierbei gewonnenen praktischen Erfahrungen sind unverzüglich zu analysieren und gegebenenfalls für Mecklenburg-Vorpommern nutzbar zu machen.